

## KURZ UND PRÄGNANT

### Rechtswidrige „Extremismus-Klausel“

Die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Martina Renner, begrüßte das Urteil des Dresdener Verwaltungsgerichts vom 25. April. Das Gericht hatte die sogenannte „Extremismusklausel“ für rechtswidrig erklärt. „Die Entscheidung ist ein Sieg für die Demokratie“, betonte die Landtagsabgeordnete.

Sie verwies darauf, dass mit der „Extremismus-Klausel“ die dringende Arbeit gegen Rechts behindert und Vereine und Initiativen unter einen Generalverdacht gestellt werden.

Die unter der Familienministerin Kristina Schröder (CDU) eingeführte Klausel verlangt von Vereinen und Initiativen als Voraussetzung für eine Förderung ihrer Arbeit die Unterschrift unter eine sogenannte „Demokratieerklärung“. Damit sollen sie sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennen. Zudem wurden sie verpflichtet, potentielle Partner, Referenten oder Podiumsteilnehmer auf Verfassungstreue zu überprüfen und sie im Zweifel dem Bund oder dem Verfassungsschutz zu melden.

Martina Renner wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass auch die meisten Experten in der Anhörung des Untersuchungsausschusses des Thüringer Landtags zum NSU am 23. April die „Extremismus-Klausel“ und die dahinter stehende Gleichsetzungsstrategie als Teil der Verharmlosung rechter Bedrohungen und als Behinderung demokratischer und antifaschistischer Arbeit kritisiert hatten.

Die sächsische Linkspartei hatte das Urteil als eine schallende Ohrfeige für die beiden Minister (im Bund und im Land) bezeichnet. ■

# Alle Fassungen, alle Zuarbeiten gefordert

## Gemeinsame LINKE Pressekonferenz zur Arbeit der Untersuchungsausschüsse

„Nach über zwei Monaten können wir mehr als ungeduldig sein. Die Landesregierung hat dem Untersuchungsausschuss wesentliche Arbeitsgrundlagen – wichtige Dokumente, Organigramme, Akten – bisher nicht zur Verfügung gestellt“, kritisierte Martina Renner, Mitglied der Landtagsfraktion der LINKEN im Untersuchungsausschuss, der sich mit der NSU-Mordserie und der Mitverantwortung der Sicherheitsbehörden beschäftigt, bei der Pressekonferenz am 20. April im Thüringer Landtag.

„Warum wurde der Rechtsextremismus so lange und so tödlich unterschätzt und warum ist das noch immer so?“, fragte Petra Pau und sagte, „wirklich geändert hat sich nichts, weder im Innen- und im Familienministerium noch im Bundeskanzleramt“.

Petra Pau, die Mitglied im Untersuchungsausschuss des Bundestages ist, hatte zusammen mit Jens Petermann (für die LINKE stellvertretendes Ausschussmitglied) an der Pressekonferenz in Erfurt teilgenommen.

### Für ein modernes Untersuchungsausschussgesetz

Angesichts der bislang ausstehenden Arbeitsgrundlagen des Untersuchungsausschusses betonte Martina Renner, dass damit insbesondere die Vorbereitung der Zeugenvernehmung erschwert werde.

Sie verwies auf den Geheimbericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz, für den es Zuarbeiten der Landesämter von Thüringen und Sachsen gegeben habe, „die für uns als Unter-

suchungsausschuss natürlich sehr interessant sind“. Seit Februar forderten sie „alle Fassungen und Zuarbeiten“, aber bis heute habe sich nichts getan.

Die Innenpolitikerin der Thüringer Linksfraktion kündigte an, dass das im Justizausschuss des Landtags zur Beratung liegende Untersuchungsausschussgesetz noch ergänzt werde. Hin-

Was den angekündigten Bericht der Schäfer-Kommission betreffe, erwarte sie, so Martina Renner weiter, dass der Öffentlichkeit der ganze Bericht, „ausführlich und ungekürzt“, vorgestellt wird.

Der Thüringer Bundestagsabgeordnete Jens Petermann hatte gegenüber den Medien in Erfurt unterstrichen,

dass sich eine Vielzahl von Behörden mit dem Thema befasst haben und er frage, „warum ist es nicht gelungen, die Mordserie zu verhindern“. Die Ermittlungsbehörden hätten „sich gegenseitig auf den Füßen gestanden“, Erkenntnisse seien nicht weitergegeben worden.

Die bis dato in Thüringen zu beobachtende Blockadehaltung bezeichnete Jens Petermann als sehr bedauerlich. Mögli-

cherweise sei diese ganz bewusst aufgebaut worden, um die Untersuchungen zu torpedieren. Im Übrigen sei er skeptisch, „ob wir bis zum Ablauf der Legislaturperiode den Untersuchungsausschuss (des Bundestages) erfolgreich zu Ende führen können“. Martina Renner hatte bezüglich der Einhaltung des Zeitplans in Thüringen bemerkt, dass sich der Untersuchungsausschuss wohl mehrmals als nur einmal monatlich treffen müsse. ■



tergrund ist die notwendige bessere Zusammenarbeit mit dem Untersuchungsausschuss des Bundestages. Es geht auch um eine Stärkung der Minderheitenrechte, z.B. was das Recht auf Wortprotokolle betrifft, die ein wichtiges Instrument der Beweiserhebung sind. Die Abgeordnete betonte, dass die LINKE bestrebt sei, im Landtag einen konsensualen Weg für ein modernes Untersuchungsausschussgesetz zu finden.

## Petra Pau: „Dröhnende Stille aus Bayern“

Mit Verweis auf die bestehenden Untersuchungsausschüsse zur Aufklärung der Hintergründe des Naziterrors im Bundestag, in Thüringen und nunmehr auch in Sachsen, hatte Petra Pau auf der Erfurter Pressekonferenz das „Schweigen in Bayern“ als „ziemlich merkwürdig“ bezeichnet. Sie wundere sich über diese „dröhnende Stille“, schließlich sind fünf Morde des NSU (Nationalsozialistischen Untergrunds) in Bayern geschehen. Es stelle sich die Frage, ob sich die Parlamentarier dort bei der Aufklärung der Hintergründe des Naziterrors und des Versagens der Behörden auf die Kollegen im Bundestag und den thüringischen und sächsischen Landtag verlassen.

Als die Morde geschahen, sei gegen alle Seiten ermittelt worden, nur nicht gegen die rechtsextremistische. Zum Beispiel habe sich beim Polizistinnenmord in Heilbronn sogar der Verdacht gegen Roma gerichtet und wurde bis



nach Serbien und Frankreich ermittelt.

Dem Bundestagsuntersuchungsausschuss liegen bisher etwa 10.000 Seiten Unterlagen vor. „Wir suchen die Nadeln im Heuhaufen“, sagte Petra Pau und betonte, dass es über die Morde des NSU hinaus um 150 bis 180 Menschen gehe, die durch Neonazis in

Deutschland seit 1990 umgebracht wurden, und warum dieser mörderische Rechtsextremismus durch Behörden und verantwortliche Politik so lange unterschätzt wurde.

Dabei habe sich bis heute nicht wirklich etwas geändert, so das stellvertretende Mitglied des Bundestags-Untersuchungsausschusses mit Blick auf das Herangehen der Bundesministerien und des Bundeskanzleramtes. So würden „olle Kammellen“, wie z.B. die Vorratsdatenspeicherung mit den NSU-Taten begründet.

Die Abgeordnete, die seit 2006 auch Vizepräsidentin des Bundestages ist, forderte ein konzertiertes politisches Vorgehen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Deutschland und unterstrich die Aufgabe der Untersuchungsausschüsse, das fachliche, aber vor allem das politische Versagen aufzuklären. ■

### Made in Thüringen?

Beim VSA Verlag erscheint jetzt das Buch „Made in Thüringen? Nazi-Terror und Verfassungsschutzskandal“. Das Buch, herausgegeben von Bodo Ramelow, will „auf das Entstehen des braunen Terrors, dessen Unterstützer aus dem Thüringer Heimatschutz, den Neonazi-Kameradschaften, der NPD und dem internationalen Neonazi-Netzwerk Blood & Honour sowie auf das jahrelange Wegschauen von Verantwortlichen in Politik und Sicherheitsbehörden und den Rassismus aufmerksam machen.“

Wir wollen das dubiose Handeln der Geheimdienste ins Licht der Öffentlichkeit zerren und die bisherigen Bemühungen um die parlamentarische Aufklärung resümieren“ (Aus dem Vorwort von Bodo Ramelow). ■